

Stand: 16.04.2026 22:41:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21732

"Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität COM(2021) 811 final BR-Drs. 48/22"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/21732 vom 08.03.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22762 des BV vom 17.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22791 vom 19.05.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 19.05.2022



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität
COM(2021) 811 final
BR-Drs. 48/22

Verfahren gemäß § 83c BayLTGescho

1. Der Ausschuss hat in seiner 51. Sitzung am 8. März 2022 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGescho).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Mitteilung](#) der Europäischen Kommission landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die städtischen Gebiete bilden den Lebensraum von über 60% der europäischen Bevölkerung. Quasi alle diese Gebiete haben die gleichen Probleme, die auf den Straßenverkehr, Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung, Luftverunreinigung und Lärmbelastung, Verkehrsunfälle, Gesundheitsprobleme, Engpässe in der Logistikkette usw. zurückzuführen sind.

Die EU entwickelt gemeinsam mit Städten und Regionen eine Politik der nachhaltigen städtischen Mobilität, die effiziente öffentliche Verkehrssysteme und eine landesweit gute Anbindung umfasst. Sie strebt außerdem eine Verbesserung der Lebensqualität in Städten an, indem sie aktive Mobilitätslösungen wie Zufußgehen und Radfahren fördert und für eine gute Zugänglichkeit für Einwohner und Pendler sorgt.

Der [neue europäische Rahmen für urbane Mobilität](#) bildet die Grundlage für eine gemeinsame Liste von Maßnahmen und Initiativen. Mit inbegriffen sind dabei die in der [TEN-V](#)-Überarbeitung vorgesehenen städtischen Knoten, aber auch andere Städte in der EU sollen darin unterstützt werden, einen Plan für nachhaltige urbane Mobilität auszuarbeiten.

Lokale Behörden sollen dabei unterstützt werden, grenzüberschreitende Verkehrsstrategien besser mit Plänen für nachhaltige urbane Mobilität, den Aufbau von Kapazitäten und Schulungen sowie bessere Stadtplanung zu verknüpfen. Dabei soll auch die Einbindung des Umlandes berücksichtigt werden.

Konkret vorgesehen ist u. a. ein erweitertes Konzept für die erste und letzte Meile der städtischen TEN-V-Knotenpunkte, welches vorsieht, für die größten 424 Städte der EU im TEN-V-Netz (Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern) Pläne für eine nachhaltige urbane Mobilität (Sustainable Urban Mobility Plan, SUMP) festzulegen. In Bayern werden insoweit voraussichtlich die Städte München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Fürth, Würzburg und Erlangen betroffen sein.

Bei der Entwicklung der TEN-V-Knotenpunkte zur Anbindung des sekundären Netzes an das TEN-V-Netz durch die angekündigten Vorschriften ist aus bayerischer Sicht ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass die Planungshoheit der Kommunen und das Subsidiaritätsprinzip angemessen berücksichtigt bzw. gewahrt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 18/21732

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Euro-
päischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität
COM(2021) 811 final
BR-Drs. 48/22**

I. Beschlussempfehlung:

Die Europäische Kommission möchte einen neuen EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten vorschlagen. Aufbauend auf dem Paket für die Mobilität in der Stadt aus dem Jahr 2013 und mit Blick auf die bis 2050 zu erreichenden Klimaziele sollen mit den in dieser Initiative vorgeschlagenen Maßnahmen den Mitgliedstaaten Anreize gegeben werden, urbane Verkehrssysteme aufzubauen, die sicher, zugänglich, inklusiv, erschwinglich, intelligent, resilient und emissionsfrei sind.

Die Initiative soll sich auch mit Fragen der durch den Verkehr verursachten Umweltverschmutzung und der Verkehrsüberlastung befassen. Auch sollen Lehren aus den Auswirkungen gezogen werden, die die COVID-19-Pandemie auf den öffentlichen Verkehr hat. Insgesamt soll die Initiative einen Beitrag für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und zu einem emissionsfreien Verkehr auf lokaler Ebene leisten.

Mit dem EU-Vorhaben sollen Informationen und Rückmeldungen von den wichtigsten Interessenträgern und der breiten Öffentlichkeit zu den grundlegenden Zielsetzungen des geplanten EU-Rahmens für urbane Mobilität eingeholt werden. Im Einzelnen soll das EU-Vorhaben Auskunft darüber geben, wie städtische Gebiete in der EU

- zur Verringerung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen und zu anderen Zielen der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität, einschließlich ihres Meilensteins, 100 europäische Städte bis 2030 CO₂-neutral zu machen, beitragen können,
- die Lebensqualität der städtischen Bevölkerung in der EU durch Bewältigung der Herausforderungen der städtischen Mobilität wie Luftverschmutzung, Verkehrsüberlastung, Lärm, Zugänglichkeit, Straßenverkehrssicherheit bei gleichzeitiger Förderung körperlicher Aktivität verbessern können,
- die Unterstützung und Nutzung der nachhaltigsten Verkehrsträger (insbesondere des öffentlichen Verkehrs und der aktiven Mobilität) sowie der emissionsfreien Stadtlogistik verstärken können.

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der folgenden Bedenken im weiteren Verfahren:

Die „Initiative zur Mobilität in den Städten“ ist Teil des europäischen „Green Deals“ und der Strategie der EU-Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität. Die EU-Kommission setzt damit den bereits in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg hin zu einer umweltbewussten und intelligenten Mobilität weiter fort, der vom Bayerischen Landtag ausdrücklich begrüßt wird. Der Bayerische Landtag befürwortet die Zielvorgabe, einen klimaneutralen, digitalisierten, wettbewerbsfähigen und effizienten Verkehrssektor zu erreichen. Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung und bekennt sich dabei ausdrücklich auch zu den neuen Klimazielen der Europäischen Kommission, die Treibhausgasemissionen 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent zu reduzieren. Hierfür spielt die Gestaltung der städtischen Mobilität eine zentrale Rolle.

Auch in Bayerns Städten besteht ein zunehmender Druck auf das Verkehrssystem. Gerade größere Städte leiden oft unter Verkehrsüberlastung, mit allen negativen Folgen wie Luftqualitätseinbußen und Lärmbelastung. Vielerorts sind Fuß- und Radwege im urbanen Bereich unattraktiv und können keine zunehmenden Verkehre aufnehmen. Teilweise ist Multimodalität nur mit erheblichem Aufwand möglich. Es gilt daher, Wege zu finden, die Verkehrs- und Schadstoffprobleme in den Innenstädten weiter zu reduzieren und die Angebote für die städtische Bevölkerung zu verbessern. Anreize der EU z.B. in Form von Förderungen werden daher ausdrücklich befürwortet.

Bayerische Verkehrspolitik zielt nicht auf Verbote und Beschränkungen, sondern auf Anreize und ein gutes Angebot ab; Wahlfreiheit muss für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleiben. Das bedeutet auch, dass verschiedene Mobilitätsoptionen gut kombinierbar sein müssen. Im Freistaat existieren bereits unterschiedliche Fördermöglichkeiten für Kommunen. Zusätzliche Fördermöglichkeiten der EU können den Wandel hin zu einer sicheren, zugänglichen, inklusiven, erschwinglichen, intelligenten, resilienten und emissionsfreien Mobilität weiter beschleunigen. Ein leistungsfähiger und attraktiver Öffentlicher Personenverkehr (ÖPV) spielt für die urbane Mobilität eine zentrale Rolle. Es müssen verlässliche Angebote geschaffen werden. Dabei muss immer auch die Stadt-Umland-Anbindung berücksichtigt werden, um Städte vom Individualverkehr durch Pendler weiter zu entlasten. Hier bedarf es guter überregionaler und flächenerschließender Verbindungen. Die Fahrgastzahlen im ÖPV sollen stark erhöht werden. Zielsetzung der Verkehrskonferenz ist eine Fahrgastverdoppelung bis 2030 (Referenzjahr 2019). Zur Steigerung der Attraktivität nachhaltiger Mobilitätsangebote im urbanen Bereich hat zudem die multimodale Verknüpfung der Verkehrsmittel des Umweltverbunds hohe Priorität. Hierbei spielen Park&Ride- und Bike&Ride-Möglichkeiten ebenso eine Rolle wie eine gute letzte-Meile-Mobilität entweder mit dem Rad, dem Roller oder zu Fuß. Mobility-as-a-Service-Dienste, wie z.B. Carsharing, Ridepooling und Leihfahrräder, bilden zusammen mit dem ÖPNV ein umfassendes und individualisierbares Mobilitätsangebot.

Multimodale Mobilitätsangebote müssen dabei zuverlässige Reiseinformationen sowie einfache Zugangs- und Abrechnungssysteme bieten. Digitalisierung ist hier der Schlüssel, die Mobilitätsplanung einfacher zu gestalten.

Um die Anteile des Fuß- und Radverkehrs weiter zu erhöhen, kann die Straßenraumgestaltung, etwa die Umwidmung von (Park-)Flächen für Umweltverbund, einen wichtigen Beitrag leisten. Vor allem sind dabei der Fuß- und Radverkehr inklusive Lastenfahrräder, die Schaffung von Shared-Space-Räumen, aber auch die Gestaltung von Plätzen und Orten mit Aufenthaltsqualität zu berücksichtigen. Sichere Fußwege können das zu-Fuß-Gehen befördern. Hierbei spielen zum Beispiel eine gute Beleuchtung und eine möglichst vom Auto- und Radverkehr getrennte Wegführung eine entscheidende Rolle. Zudem sollten Fußwege eine gute

Wegeführung haben und durch attraktives Umfeld führen. Gleichzeitig muss aber auch der motorisierte Individualverkehr weiterhin möglich bleiben.

Dabei gilt: Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss auch in der Zukunft für jeden zugänglich, komfortabel und bezahlbar bleiben. Dies gelingt nur mit einem verkehrsträgerübergreifenden Ansatz, bei dem alle Verkehrsträger entsprechend ihrer jeweiligen Stärken genutzt werden. Hierfür gilt es, die Verkehrsträger zu optimieren und gut miteinander zu vernetzen. Dies beinhaltet auch den weiteren Ausbau barrierefreier Mobilitätsangebote. Es muss darauf geachtet werden, dass die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors spielt bei der Erreichung der EU-Klimaziele eine entscheidende Rolle. Das Bekenntnis der EU-Kommission zur Technologieutralität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsträger wird entschieden befürwortet und muss sich auch im neuen EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten wiederfinden. Neben finanziellen Anreizen und verbindlichen Anforderungen an die Nutzung emissionsfreier Fahrzeuge muss auch eine entsprechende Tank- und Ladeinfrastruktur gewährleistet sein.

Neben dem Personenverkehr muss auch die Schaffung von Citylogistikkonzepten im neuen EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten Berücksichtigung finden. Auch hier sollte ein technologieoffener Ansatz gewählt werden, der den Einsatz unterschiedlicher Konzepte ermöglicht.

Der EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten berührt aber insbesondere die kommunale Mobilitätsplanung. Gerade im Bereich der städtischen Mobilität sollte die Regelungskompetenz lokal verankert bleiben. Der EU-Rahmen darf nicht dazu führen, dass die EU-Kommission die urbane Verkehrsplanung im Rahmen der Überarbeitung des Pakets zur Mobilität in der Stadt zu regulieren versucht. In der städtischen Mobilität muss auch in Zukunft das Subsidiaritätsprinzip gelten. Mögliche Pläne der EU-Kommission in eine andere Richtung werden deshalb nicht unterstützt.

Berichterstatter: **Josef Schmid**
Mitberichterstatterin: **Natascha Kohnen**

II. Bericht:

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGescho) wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben endberaten.
2. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das EU-Vorhaben in seiner 52. Sitzung am 29. März 2022 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83c Abs. 2 BayLTGescho)
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das EU-Vorhaben in seiner 53. Sitzung am 10. Mai 2022 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungin der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 54. Sitzung am 17. Mai 2022 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmung
- empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität**

COM(2021) 811 final

BR-Drs. 48/22

Drs. 18/21732, 18/22762

Die Europäische Kommission möchte einen neuen EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten vorschlagen. Aufbauend auf dem Paket für die Mobilität in der Stadt aus dem Jahr 2013 und mit Blick auf die bis 2050 zu erreichenden Klimaziele sollen mit den in dieser Initiative vorgeschlagenen Maßnahmen den Mitgliedstaaten Anreize gegeben werden, urbane Verkehrssysteme aufzubauen, die sicher, zugänglich, inklusiv, erschwinglich, intelligent, resilient und emissionsfrei sind.

Die Initiative soll sich auch mit Fragen der durch den Verkehr verursachten Umweltverschmutzung und der Verkehrsüberlastung befassen. Auch sollen Lehren aus den Auswirkungen gezogen werden, die die COVID-19-Pandemie auf den öffentlichen Verkehr hat. Insgesamt soll die Initiative einen Beitrag für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und zu einem emissionsfreien Verkehr auf lokaler Ebene leisten.

Mit dem EU-Vorhaben sollen Informationen und Rückmeldungen von den wichtigsten Interessenträgern und der breiten Öffentlichkeit zu den grundlegenden Zielsetzungen des geplanten EU-Rahmens für urbane Mobilität eingeholt werden. Im Einzelnen soll das EU-Vorhaben Auskunft darüber geben, wie städtische Gebiete in der EU

- zur Verringerung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen und zu anderen Zielen der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität, einschließlich ihres Meilensteins, 100 europäische Städte bis 2030 CO₂-neutral zu machen, beitragen können,
- die Lebensqualität der städtischen Bevölkerung in der EU durch Bewältigung der Herausforderungen der städtischen Mobilität wie Luftverschmutzung, Verkehrsüberlastung, Lärm, Zugänglichkeit, Straßenverkehrssicherheit bei gleichzeitiger Förderung körperlicher Aktivität verbessern können,
- die Unterstützung und Nutzung der nachhaltigsten Verkehrsträger (insbesondere des öffentlichen Verkehrs und der aktiven Mobilität) sowie der emissionsfreien Stadtlogistik verstärken können.

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der folgenden Bedenken im weiteren Verfahren:

Die „Initiative zur Mobilität in den Städten“ ist Teil des europäischen „Green Deals“ und der Strategie der EU-Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität. Die EU-Kommission setzt damit den bereits in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg hin zu einer umweltbewussten und intelligenten Mobilität weiter fort, der vom Bayerischen Landtag ausdrücklich begrüßt wird. Der Bayerische Landtag befürwortet die Zielvorgabe, einen klimaneutralen, digitalisierten, wettbewerbsfähigen und effizienten Verkehrssektor zu erreichen. Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung und bekennt sich dabei ausdrücklich auch zu den neuen Klimazielen der Europäischen Kommission, die Treibhausgasemissionen 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent zu reduzieren. Hierfür spielt die Gestaltung der städtischen Mobilität eine zentrale Rolle.

Auch in Bayerns Städten besteht ein zunehmender Druck auf das Verkehrssystem. Gerade größere Städte leiden oft unter Verkehrsüberlastung, mit allen negativen Folgen wie Luftqualitätseinbußen und Lärmbelastung. Vielerorts sind Fuß- und Radwege im urbanen Bereich unattraktiv und können keine zunehmenden Verkehre aufnehmen. Teilweise ist Multimodalität nur mit erheblichem Aufwand möglich. Es gilt daher, Wege zu finden, die Verkehrs- und Schadstoffprobleme in den Innenstädten weiter zu reduzieren und die Angebote für die städtische Bevölkerung zu verbessern. Anreize der EU, z. B. in Form von Förderungen, werden daher ausdrücklich befürwortet.

Bayerische Verkehrspolitik zielt nicht auf Verbote und Beschränkungen, sondern auf Anreize und ein gutes Angebot ab; Wahlfreiheit muss für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleiben. Das bedeutet auch, dass verschiedene Mobilitätsoptionen gut kombinierbar sein müssen. Im Freistaat existieren bereits unterschiedliche Fördermöglichkeiten für Kommunen. Zusätzliche Fördermöglichkeiten der EU können den Wandel hin zu einer sicheren, zugänglichen, inklusiven, erschwinglichen, intelligenten, resilienten und emissionsfreien Mobilität weiter beschleunigen.

Ein leistungsfähiger und attraktiver Öffentlicher Personenverkehr (ÖPV) spielt für die urbane Mobilität eine zentrale Rolle. Es müssen verlässliche Angebote geschaffen werden. Dabei muss immer auch die Stadt-Umland-Anbindung berücksichtigt werden, um Städte vom Individualverkehr durch Pendler weiter zu entlasten. Hier bedarf es guter überregionaler und flächenerschließender Verbindungen. Die Fahrgastzahlen im ÖPV sollen stark erhöht werden. Zielsetzung der Verkehrsministerkonferenz ist eine Fahrgastverdoppelung bis 2030 (Referenzjahr 2019).

Zur Steigerung der Attraktivität nachhaltiger Mobilitätsangebote im urbanen Bereich hat zudem die multimodale Verknüpfung der Verkehrsmittel des Umweltverbands hohe Priorität. Hierbei spielen Park & Ride- und Bike & Ride-Möglichkeiten ebenso eine Rolle wie eine gute letzte-Meile-Mobilität entweder mit dem Rad, dem Roller oder zu Fuß. Mobility-as-a-Service-Dienste, wie z. B. Carsharing, Ridepooling und Leihfahrräder, bilden zusammen mit dem ÖPNV ein umfassendes und individualisierbares Mobilitätsangebot.

Multimodale Mobilitätsangebote müssen dabei zuverlässige Reiseinformationen sowie einfache Zugangs- und Abrechnungssysteme bieten. Digitalisierung ist hier der Schlüssel, die Mobilitätsplanung einfacher zu gestalten.

Um die Anteile des Fuß- und Radverkehrs weiter zu erhöhen, kann die Straßenraumgestaltung, etwa die Umwidmung von (Park-)Flächen für Umweltverbund, einen wichtigen Beitrag leisten. Vor allem sind dabei der Fuß- und Radverkehr inklusive Lastenfahrräder, die Schaffung von Shared-Space-Räumen, aber auch die Gestaltung von Plätzen und Orten mit Aufenthaltsqualität zu berücksichtigen. Sichere Fußwege können das zu-Fuß-Gehen befördern. Hierbei spielen zum Beispiel eine gute Beleuchtung und eine möglichst vom Auto- und Radverkehr getrennte Wegeführung eine entscheidende Rolle. Zudem sollten Fußwege eine gute Wegeführung haben und durch attraktives Umfeld führen. Gleichzeitig muss aber auch der motorisierte Individualverkehr weiterhin möglich bleiben.

Dabei gilt: Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss auch in der Zukunft für jeden zugänglich, komfortabel und bezahlbar bleiben. Dies gelingt nur mit einem verkehrsträgerübergreifenden Ansatz, bei dem alle Verkehrsträger entsprechend ihrer jeweiligen Stärken genutzt werden. Hierfür gilt es, die Verkehrsträger zu optimieren und gut miteinander zu vernetzen. Dies beinhaltet auch den weiteren Ausbau barrierefreier Mobilitätsangebote. Es muss darauf geachtet werden, dass die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors spielt bei der Erreichung der EU-Klimaziele eine entscheidende Rolle. Das Bekenntnis der EU-Kommission zur Technologieneutralität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsträger wird entschieden befürwortet und muss sich auch im neuen EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten wiederfinden. Neben finanziellen Anreizen und verbindlichen Anforderungen an die Nutzung emissionsfreier Fahrzeuge muss auch eine entsprechende Tank- und Ladeinfrastruktur gewährleistet sein.

Neben dem Personenverkehr muss auch die Schaffung von Citylogistikkonzepten im neuen EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten Berücksichtigung finden. Auch hier sollte ein technologieoffener Ansatz gewählt werden, der den Einsatz unterschiedlicher Konzepte ermöglicht.

Der EU-Rahmen zur Mobilität in den Städten berührt aber insbesondere die kommunale Mobilitätsplanung. Gerade im Bereich der städtischen Mobilität sollte die Regelungskompetenz lokal verankert bleiben. Der EU-Rahmen darf nicht dazu führen, dass die EU-Kommission die urbane Verkehrsplanung im Rahmen der Überarbeitung des Pakets zur Mobilität in der Stadt zu regulieren versucht. In der städtischen Mobilität muss auch in Zukunft das Subsidiaritätsprinzip gelten. Mögliche Pläne der EU-Kommission in eine andere Richtung werden deshalb nicht unterstützt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verordnung, eine Verfassungsstreitigkeit, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. April 2022 (Vf. 4-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bayerischen Versammlungsgesetzes (BayVersG) vom 22. Juli 2008 (GVBl. S. 421, BayRS 2180-4-I), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) geändert worden ist

PII-G1310.22-0004

Drs. 18/22709 (G)

Votum des Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig und unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit
COM(2021) 780 final
BR-Drs. 4/22
Drs. 18/20104, 18/22616 [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben mit der auf Drs. 18/22616 veröffentlichten Maßgabe zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Chemikalienrecht – Überarbeitung der REACH-Verordnung als Beitrag zur Schaffung einer schadstofffreien Umwelt
20.01.2022 - 15.04.2022
Drs. 18/21389, 18/22763 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 18/22763 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe
COM(2021) 800 final
BR-Drs. 12/22
Drs. 18/21570, 18/22662 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22662 veröffentlichten Hinweise.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geraubte Kinder und „Zwangsgermanisierte“ als Opfer des Nazi-Regimes anerkennen
Drs. 18/20576, 18/22559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Dunkelfeldstudie zur sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen in kirchlichen Einrichtungen, Pfarreien, Klöstern, Schulen und Kinderheimen in Auftrag geben
Drs. 18/20643, 18/22560 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch u.a. SPD
Langfristige Finanzierung der Regionalen Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern und Öffnung der Beratungsstelle
Drs. 18/21174, 18/22561 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonnenenergie auf staatlichen Gebäuden umfassend nutzen!
Drs. 18/21196, 18/22585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nach der Novelle ist vor der Novelle –
Bayerische Bauordnung (BayBO) nachjustieren
Drs. 18/21204, 18/22586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinder endlich in den Fokus der Politik nehmen:
Öffnungsperspektiven für Kitas vorlegen!
Drs. 18/21300, 18/22562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Landwirtschaft und Wasserstoff gemeinsam denken
Drs. 18/21372, 18/22590 (ENTH)

auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung BayPsychKHG I –
Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit
Drs. 18/21376, 18/22593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung BayPsychKHG II –
Niedrigschwellige Verfügbarkeit von Krisenbetten einrichten
Drs. 18/21377, 18/22594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung BayPsychKHG III –
Krisendienste für Kinder und Jugendliche ausbauen
Drs. 18/21378, 18/22595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Berthold Rüth CSU
Stromverbrauch des Internets in Bayern
Drs. 18/21380, 18/22591 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt,
Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Damit Kommunen besser gegen leerstehende Schrottimmobilien
vorgehen können: Neuregelung in der Bayerischen Bauordnung
Drs. 18/21511, 18/22587 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ralf Stadler u.a. AfD
Bericht zu Fällen von Impfnebenwirkungen wie Myokarditis
und Perikarditis, sowie herzbedingten Todesfällen
bei Sportlern nach COVID-19-Impfungen
Drs. 18/21512, 18/22596 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Bayerische Bürger und Unternehmen vor dramatischer Inflation schützen II: Entlastungspaket sofort
Drs. 18/21548, 18/22550 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

26. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Heimische Energieversorgung sichern I:
Laufzeitverlängerung bayerischer Kernkraftwerke
Drs. 18/21549, 18/22564 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Bundeswehr stärken IV: Rüstungsaufträge prioritär
an deutsche und bayerische Rüstungsunternehmen vergeben
Drs. 18/21550, 18/22575 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Heimische Energieversorgung sichern III:
Moratorium für den geplanten Kohleausstieg
Drs. 18/21551, 18/22576 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Impfung ohne vorherige allergologische Untersuchung
Drs. 18/21596, 18/22597 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheit bewahren:
Genesenennachweis künftig für „mindestens“ 180 Tage ausstellen
Drs. 18/21599, 18/22598 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheitseinschränkungen künftig verhindern: Gesundheitsämter
besser vernetzen, Echtzeit-Mortalitätsregister etablieren
Drs. 18/21600, 18/22599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Heimische Wirtschaft nicht überfordern V:
Stopp für die bayerischen Klimaschutzziele
Drs. 18/21629, 18/22577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Auswirkungen auf bayerisch-ukrainische
Wirtschaftsbeziehungen VI: Bericht der Staatsregierung
Drs. 18/21630, 18/22578 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Auswirkungen auf bayerisch-russische
Wirtschaftsbeziehungen VII: Bericht der Staatsregierung
Drs. 18/21631, 18/22579 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Spritpreise sofort senken VIII:
Steuern auf Benzin und Diesel senken!
Drs. 18/21642, 18/22551 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses
für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grüner Krankenhausbau der Zukunft:
ökologisch, nachhaltig, klimaneutral
Drs. 18/21656, 18/22600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über das Bayerische Aktionsprogramm Gewässer 2030
Drs. 18/21657, 18/22544 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger,
Tobias Reiß, Dr. Stephan Oetzinger u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Corona im Justizvollzug – Freigang zur Arbeitsaufnahme
schnellstmöglich wiederherstellen
Drs. 18/21690, 18/22582

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

49. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller,
Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD
Erarbeitung des „Wassercentrs“: Landtag, Verbände und
Wasserversorger besser einbinden
Drs. 18/21822, 18/22546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Studie zur klinischen Wirkung von Cannabisinhaltsstoffen
auf Bluthochdruck
Drs. 18/21828, 18/22607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegekräftemangel im Blick IV – Sonderanerkennungsverfahren
für geflüchtete ukrainische Pflegefachkräfte
Drs. 18/21892, 18/22608 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Schulversuch „Digitale Schule der Zukunft“ eigenverantwortlich gestalten
Drs. 18/21937, 18/22588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>